Aus der Stadt Halle

Anzeigenpreis bis auf weiteres:

Anzeigenpreis: 21 Goldpfennig die zehngespaltene Inseratenzeile, Reklamezeilenpreis 80 Goldpfennig.

*

Bezugsgebühr, einschl Bringerlohn, für die Zeit vom 24. bis 30. November 1923: 700 Milliarden, abgeholt in den Ausgabestellen 650 Milliarden.

Schlüsselzahlen und Preise.

Reichsindex: 1536 Milliarden. Großhandelsindex: 1413 Milliarden.

Silberankaufspreis: 400 Milliarden.

Reichsbankdiskont: 90 Prozent.

Schlüsselzahl des Buchhandels: 10 Prozent über dem Goldmarkkurs.

Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe: Amtl. Berliner Mittelkurs, geteilt durch 84.

Briketts: ab Platz der Großhändler 1,350 Billionen, ohne Gleisanschluß 1,560 Billionen; Kleinhändler 1,580 Billionen, frei Haus 1,760 Billionen; Grudekoks 1,350 Billionen, Kleinhändler 1,580 Billionen, frei Haus 1,650 Billionen. Preßsteine frei Haus 50 Stück gleich 1 Zentner, 1,560 Billionen Mark pro Zentner.

Brot: 1100 Milliarden; **Milch:** Kleinhandelspreis 272 Milliarden.

Maurerstundenlohn: Vom 24. bis 28. November: 700 Milliarden. (Vergl. den Artikel „Die Dezembermiete" in dieser Nummer.)

Für Ehre, Freiheit und Vaterland!

Der Stahlhelm ruft.

Nicht viel Worte machen sondern handeln! — das ist der Brauch alter Soldaten von jeher gewesen, das ist Brauch im Stahlhelm. Hunger und Kälte gehen durch die Lande. Die Not greift weite Schichten unseres Volkes an, den Bedürftigen zu helfen, ist Menschenpflicht, ist Kameradentreue. Als die Not die Volksspeisungen erforderlich machte, setzte schlagartig die Fürsorge des Stahlhelms ein. Besonders verdient gemacht in Halle haben sich die Stahlhelmmitglieder Bein und Kantik, die in selbstloser und aufopfernder Weise sich mit voller Hingabe dem Stahlhelmhilfswerk widmeten. Dank treuen Zusammenhaltens und tatkräftiger Unterstützung, ist die Volksspeisungsaktion des Stahlhelms so weit gelungen, daß heute eine große Anzahl von Bedürftigen versorgt werden können und daß die Versorgung auch den Winter hindurch fortgeführt werden kann. Aber das Hilfswerk kann nicht bestehen, wenn nicht ausdauernde Hilfe aller Mitglieder und derer, die mit den Notleidenden fühlen, sich in Treue betätigt. Dank gebührt besonders den Stahlhelmfrauen und Stahlhelmmädchen, die sich täglich viele Stunden in angestrengtem Dienst dem Werk zur Verfügung gestellt haben. Aber nicht nur Menschenhilfe braucht das Werk, sondern auch Geld.

In diesem Sinne begrüßte Lehrer Dennhardt die große Anzahl Gäste, die den gestrigen Wohltätigkeitsabend zum Besten der Stahlhelmfürsorge besuchten. Fühlung zu nehmen mit den Familienmitgliedern der Stahlhelmer und die Fühlung unter den Angehörigen der nationalen Verbände fester zu gestalten, ferner aber um zu werben für die Fürsorgeeinrichtungen des Stahlhelms, war der Zweck des Abends.

Nach den werbenden Worten des Leiters, der den erkrankten Führern Hauptmann a. D. Jüttner und Oberstleutnant a. D. Düsterberg Gruß entbot, setzte der künstlerische Teil des Abends ein. Uneigennützig hatte sich der bewährte Kapellmeister Seifert mit seinem verstärkten Orchester zur Verfügung gestellt. Ferner war es eine große Freude, eine Anzahl tüchtiger Mitglieder des Stadttheaters sich für die Zwecke des Abends einsetzen zu sehen. Nach den anseuernden Weisen des Seifertorchesters trugen die Mitglieder des Stadttheaters Förster, Kauffmann, Strohm-Ulmbronn, Fräulein Michaelis und Fräulein Grether Gedichte und Prosastücke vor, die gleicherweise den Ernst der Zeit wie den aus deutscher Gemütstiefe entsprießenden Frohsinn anklingen ließen. Mit starkem Beifall begrüßt wurde besonders die Festouverture Friedrichs des Großen, ferner ein lebendes Bild, das den unvergeßlichen Helden, dem Sieger im siebenjährigen Kriege, das Vorbild aller Preußen — Friedrich dem Großen — als Wegweiser für den Stahlhelmgeist, als mahnendes Gewissen im Kampfe um Ehre, Freiheit und Vaterland darstellte. Nach Charaktervorträgen des Schauspielers Förster folgte ein heiteres Spiel „Der deutsche Soldat in Frankreich", an dem sich die beiden Darsteller Förster und Fräulein Grether erfreulich betätigten.

Der Erfolg des Abends war ein voller, der Ertrag dürfte etliche hundert Billionen ausmachen.

Der Geist des Vaters.

Ein Meineidsprozeß vor dem Schwurgericht.

Er — der Geist — war es, der angeblich die Ehefrau Franziska Känsch aus Dessau zum Meineid verleitete. Der Filmfabrik Agfa waren Pflugräder gestohlen worden. Bei den angestellten Ermittelungen wurde auch der Stiefvater der Angeklagten vernommen, der dann später einem Schlaganfall erlag. Die Witwe des Verstorbenen hatte nun keine Ruhe; sie glaubte, der Tod ihres Mannes sei die Folge der gehabten Erregung, und sie drang in ihre Tochter, an die Agfa einen Brief zu schreiben. Sie hatte nämlich von einer guten Bekannten gehört, daß sich bei dem in der Filmfabrik angestellten Brücker Pflugräder befänden. Besagte Bekannte hatte ja noch mehr gesehen, wie Holz, Soda usw. Die Angeklagte schrieb denn auch einen anonymen Brief, welcher den Brücker des Diebstahls beschuldigte, und leitete denselben auf Umwegen an die Agfa. Von dieser wurde nun ein Ermittelungsverfahren gegen Brücker eingeleitet, welches aber völlig ergebnislos verlief. Brücker seinerseits stellte nun Strafantrag gegen eine in seinem Hause wohnende Mieterin, mit der er nicht im besten Einvernehmen lebte und von der er einen Racheakt vermutete, wegen Beleidigung durch diesen Brief. In der Verhandlung in Bitterfeld war nun auch die Angeklagte Känsch geladen und sagte hier unter ihrem Eide aus, der Geist ihres verstorbenen Vaters hätte sie zum Schreiben des Briefes veranlaßt. Diese Aussage, welche sie auch vor der Berufungsinstanz aufrecht erhielt, sollte ihre Mutter — die wahre Schuldige — schonen und vor der Anklagebank schützen.

Die Angeklagte hat sich viel mit Spiritismus beschäftigt. Sie will z. B. in früheren Jahren eines Morgens beim Erwachen eine Stimme gehört haben, welche ihr sagte, daß sie mit 38 Jahren sterben würde; glücklicherweise ist sie nicht gestorben, sondern ist in diesem Lebensjahre zu neuem Leben erwacht, dadurch, daß sie sich zum erstenmal verheiratete. Sie ist ein leicht zu beeinflussender Charakter. Auch läßt ihre Kindesliebe nichts zu wünschen übrig, und aus dieser heraus hat sie den Meineid geleistet.

Das Gericht verurteilte die Beschuldigte zu 7 Monaten Gefängnis unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sie ihre Mutter schonen wollte.

Die Aerzteschaft gegen die Krankenkassen.

Wir brachten in unserer gestrigen Nummer die Nachricht, daß der Verband der Aerzte Deutschlands (Sitz in Leipzig) den Streik gegen die Krankenkassen beschlossen habe. Dazu teilt uns der Verband hallischer Kassenärzte mit:

„Die Maßnahme der Zentralorganisation der deutschen Aerzte, des Leipziger wirtschaftlichen Verbands, bedeutet nicht einen Streik, d. h. Verweigerung der ärztlichen Leistung, da nach wie vor jeder Anspruch einer Krankenkasse ärztlichen Rat und Hilfe leistung findet, allerdings gegen Barzahlung, da eine vertragliche Bindung mit den Krankenkassen durch Kündigung der Verträge ab 1. Dezember 1923 nicht mehr besteht."

Auch die Arbeitsgemeinschaft hallischer Krankenkassen nimmt Stellung und sagt in einer Zuschrift:

„Der Verband hallischer Kassenärzte hat den hiesigen Krankenkassen die bestehenden Verträge auf Grund des § 626 des B.G.B. also aus einem wichtigen Grunde) zum 1. Dezember gekündigt. Diesen wichtigen Grund erblickt der Verband der Kassenärzte in der Verordnung der Reichsregierung über Krankenhilfe vom 30. Oktober 1923, deren §§ 1 und 2 jeder Kasse die Möglichkeit gebe, über einen Vertrag hinaus von sich aus Mehrleistungen über Anordnung der kassenärztlichen Tätigkeit aufzuerlegen und bei wiederholtem Verstoß das gegen Aerzte fristlos zu kündigen. Die Kündigung der Arztverträge soll dem Vernehmen nach auch in allen anderen Städten erfolgen bzw. erfolgt sein. Die Krankenkassen müssen bedauern, daß die Kassenärzte einen Akt der Gesetzgebung als Grund für den Rücktritt von den bestehenden Verträgen benutzen, um in der jetzigen schweren Zeit zum Nachteil der Versicherten die Aufhebung von Bestimmungen zu erzwingen, die sich lediglich gegen die Auswüchse der kassenärztlichen Tätigkeit richten und den Krankenkassen eine Sicherung für eine ungefähr erschwerte Existenz bieten sollen. Es handelt sich dabei zum Teil auch um Vorschriften, die zwischen den Organisationen der Krankenkassen und Aerzten in Verschiedung einer Notgemeinschaft vor längerer Zeit vereinbart worden sind, und die nur die Gestalt von Rechtsnormen durch die Verordnung erhalten haben. Hierdurch kann der Inhalt dieser Verordnung keineswegs die Unterlage für einen wichtigen Grund für den Vertragsabbruch bieten. Die Krankenkassen sind deshalb von den Aerzten die fortdauernde Gültigkeit der Verträge sowie die Weiterbehandlung der Mitglieder zu den bisherigen Bedingungen und werden im Weigerungsfalle ihre Schadenansprüche nach den Bestimmungen des B.G.B. geltend machen."

*

Trotzdem auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zahlreiche Verordnungen in bezug auf das Krankenkassenwesen erlassen worden sind, trotzdem sogar ein besonderer Reichsausschuß nebst Landesausschüssen zur Regelung des Verhältnisses zwischen Aerzten und Krankenkassen eingesetzt worden ist, hat sich eine ersprießliche Gestaltung dieses Verhältnisses nicht herbeiführen lassen. Das liegt daran, daß in erster Linie der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns seine diesbezügliche Politik darauf einstellte, die Krankenkassen unter allen Umständen zu erhalten, obwohl die hohen Beiträge (10 v. H. des gesamten Einkommens), die die Versicherungspflichtigen leisten müssen, in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen der Kassen an die Versicherten stehen. Unter dieser Politik hat auch die Aerzteschaft start zu leiden gehabt. Auch ein letzter Versuch des Reichsarbeitsministers, die Aerzteschaft von der Rücklichkeit seiner diesbezüglichen Politik zu überzeugen, ist fehlgeschlagen. Die Organisationen der Aerzte haben ihre Verträge mit den Krankenkassen zum 1. Dezember gekündigt, so daß sämtliche Versicherten nur noch als Privatpatienten ab 1. Dezember behandelt werden. Es muß gesagt werden, daß der Kampf der Aerzte gegen die Krankenkassen nicht zuletzt auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft geführt wird, da es schon längst an der Zeit gewesen wäre, die leistungsunfähigen Krankenkassen einfach aufzuheben und die Krankenversorgung der Arbeitnehmerschaft auf den einzelnen Betrieben aufzubauen. Statt dessen aber sind die Reichsbankstellen angewiesen worden, den Krankenkassen alle eingegangenen Papiermarkbeträge in Rentenmark umzutauschen, so daß dann die bei den Krankenkassen untergebrachten kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre Rentenmarkgehälter erhalten, während die Arbeitnehmerschaft noch nicht einmal einen Bruchteil ihres Gehaltes in Rentenmark bekommt, bis auf die Ausnahmen der Betriebe, denen die Beschaffung von Rentenmark schon möglich gewesen ist. Hier hört dann doch ein Verständnis für diese Maßnahmen auf und hier ist auch der Punkt gekommen, da man die Krankenversicherung in ihrer jetzigen Gestalt nicht mehr als eine soziale Einrichtung ansprechen kann

Beschlüsse des Haushaltausschusses.

Grundsteuer ✓ Notstandsarbeiten ✓ Fleischverbilligung.

Die Tagesordnung der gestrigen Haushaltsausschußsitzung wies nur wenige Punkte auf. Einige davon, wie die Erhöhung der Grundsteuer, sind von sehr schwerer finanzieller Wirkung, aber doch so begründet und zwingend, daß ohne Widerspruch die Annahme der Vorlage erfolgte. Aus dem Inhalt der Magistratsvorlage sei das Folgende wiedergegeben:

Durch die ungeheure Geldentwertung sind die früher geschätzten Papiergeldwerte soweit hinter den heutigen Papiergeldwerten der Grundstücke zurückgeblieben, so daß bei Anwendung des durch den Etat festgesetzten Steuersatzes von 3,5 vom Hundert des gemeinen Wertes sich Steuerbeträge ergeben würden, deren Einziehung die Arbeit nicht lohnt. Eine wesentliche Erhöhung der Steuersätze ist daher notwendig.

Wie Proberechnungen bei einer Anzahl inspicher Grundstücke ergeben haben, wird die Belastung durch die städtischen Steuern im Vergleich mit der Belastung durch die staatlichen Steuern (und zwar erstere ebenfalls in Gold umgerechnet) sich für das laufende Vierteljahr folgendermaßen stellen: Mietshäuser werden ungefähr 25 bis 30 Prozent in Lagen mit hohem Grundwert, ausnahmsweise bis zu 40 Prozent der staatlichen Sätze belastet, wertvollere Villengrundstücke mit 50 bis 60 Prozent, Fabriken und Geschäftsgrundstücke mit 100 bis 130 Prozent, landwirtschaftliche Grundstücke, die durch die staatliche Besteuerung in noch stärkerem Maße als die Industrie- und Geschäftsgrundstücke geschont werden, mit 175 bis 200 Prozent. Baugelände (die bekanntlich meist mit Schrebergärten besetzt sind) mit 10 bis 30 Prozent der staatlichen Sätze.

Vom Finanzdezernenten wurden in Ergänzung dieser Vorlage noch einige Beispiele über die Höhe der Belastung durch diese Steuer gegenüber der Staatssteuer gegeben. Es waren zwei Geschäftshäuser in der Altstadt und zwei neue Wohnhäuser ausgewählt, wodurch die Staatssteuer, die monatlich 20 Prozent von 1000 M. Grundsteuer-Reinertrag ausmacht, in dem einen Falle auf 43 Mark stellt. Durch die jetzige Steuer kommt ein Zuschlag von 11,50 hinzu. Im anderen Falle beträgt die Staatssteuer 9, die städtische 3,50. Bei einer Villa am Kaiserplatz beträgt die Staatssteuer 27, die städtische 12,60, bei einer Villa in der Kurallee, Vorkriegswert 48 000 Mark, jetziger von der Stadt geschätzter Wert 1,1 Millionen, beträgt die Staatssteuer 28, die städtische Steuer 17 Mark. Der Finanzdezernent betonte des weiteren, daß, nachdem die Reichszuschüsse sowohl für die Gemeinden und die Besoldungszuschüsse des Reiches für die Gemeindebeamten aufgehört sind, unter allen Umständen für Deckung aus eigenen Mitteln gesorgt werden müsse. Die Belastung durch die Grundsteuer wäre in allen Städten höher als hier in Halle. Kassel und Stettin wären bis 100 Prozent der staatlichen Sätze gegangen, die Mehrzahl der übrigen Städte bis zu 200 Prozent, Halberstadt habe sogar diese gesetzlich zulässige Grenze überschritten.

Eine zweite Vorlage des Magistrats betrifft die Grunderwerbsteuer. Beim Uebergang des Eigentums von Grundstücken, die im Stadtbezirk gelegen sind, sowie bei sonstigen steuerpflichtigen Rechtsvorgängen, die sich auf die im Stadtbezirk Halle gelegenen Grundstücke beziehen, soll zur Reichsgrunderwerbssteuer ein Gemeindezuschlag in Höhe von 4 Prozent des nach dem Grundsteuergesetz steuerpflichtigen Wertes erhoben werden.

Auch bei der Besprechung dieser Vorlage erhob sich kein Widerspruch. Es wurde anerkannt, daß die Wertzuwachssteuer zu einer Farce geworden sei. Deshalb sei es geboten, die Grunderwerbssteuer bis auf weiteres von 2 Prozent auf 4 Prozent zu erhöhen. Es sei zu erwarten, daß in dem Maße, wie die Zwangswirtschaft aufgehoben würde, auch wieder ein größerer Wechsel im Grundbesitz eintreten würde, da der innere Wert der Grundstücke sich steigere. Die Stadt habe an einem regen Grundstückswechsel kein Interesse. — Die Stammeinlage bei der Landespfandbriefbank wurde von 250 000 M. auf 100 Milliarden erhöht. — Die Kanalbenutzungsgebühren erfuhren eine Erhöhung auf 8,05 Milliarden Prozent für Fäkalien und auf 16,1 Milliarden Prozent für die Wirtschaftsabwässer. Wenn diese Erhöhung zunächst auch groß erscheinen mag, so beträgt der in Zukunft vom 1. Oktober ab zu zahlende Betrag doch nur den fünften bis sechsten Teil der Vorkriegszeit in Goldmark. So sind bei einer Grundmiete von 400 Mark 33 Pfg. im Viertelsahr für die Wirtschaftsabwässer zu entrichten. Auch diese Vorlage wurde angenommen.

Am das große Heer der Erwerbslosen nicht bloß zu Rentenempfängern zu machen, sondern um für die gezahlten Unterstützungen wenigstens eine gewisse Gegenleistung zu erhalten, sind umfangreiche Notstandsarbeiten seitens der Stadt in Aussicht genommen. Der Gesamtbetrag, der dafür aufzuwenden ist, beläuft sich auf 192 350 Goldmark. Diese werden unter Ueberschreitung dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen. Es handelt sich um den Ausbau der Straßen südlich der Artilleriekaserne, um deren Kanalisation und um die Anlegung der Wasserleitung in ihnen. Ferner ist die Herstellung eines Promenadenweges auf der Nordseite der Artilleriekaserne als Zugang zu den Ausstellungshallen in Aussicht genommen. Dazu kommt die Entwässerung des Gerrtaudenstriedhofes und die Herstellung von Wegen auf diesem. Weiter soll auf dem Krähenberg eine Straße ausgebaut, die Berliner Straße zwischen Hindenburgbrücke und Steintorbrücke regulieri werden. Auf dem Gutsgelände in Beesen sind Dränierungsarbeiten vorgesehen. Dazu kommen Erdarbeiten auf der Hasenumschlagstelle Halle-Trotha und Regulierungsarbeiten auf dem Schlippenberg.

Die in Aussicht genommenen Arbeiten unterscheiden sich im wesentlichen von der sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge. Es ist nicht daran gedacht, daß die Erwerbslosen etwa voll beschäftigt werden, sondern sie werden in Kolonnen eingeteilt, die einzelne Tage in der Woche zu arbeiten haben. Von kommunistischer Seite wurde die Frage aufgeworfen, ob die Erwerbslosen nicht zu den geltenden Tarifsätzen beschäftigt werden müßten. Es dürfe nicht dazu kommen, daß sie etwa den Lohn drückten und sozusagen Streikbrecherarbeit verrichten. Der Magistrat wies dann weiter noch darauf hin, daß auch die produktive Erwerbslosenfürsorge vom 3. Dezember ab auf völlig andere Grundlage gestellt werden solle. Ein entsprechender Gesetzentwurf sei bereits im Wohlfahrtsministerium ausgearbeitet.

Außerhalb der Tagesordnung wurde Mitteilung davon gemacht, daß die Preise für elektrischen Strombezug vom 16. Dezember ab erhöht werden müßten. Sie sollen für Licht 34 Pfg., für Kraft 26 Pfg. und für Kraftgroßabnehmer 17 Pfg. betragen. Verursacht sind diese Preiserhöhungen im wesentlichen durch die Lohnsteigerungen, die zurzeit 67 Goldpfennige betragen. Auch bei dieser Preisfestsetzung kommen irgendwelche Ueberschüsse für das Werk nicht in Frage. Vom Januar ab wird mit einer weiteren Erhöhung mit Sicherheit zu rechnen sein.

Schließlich wurde aus dem Ausschuß heraus noch die Frage aufgeworfen, ob demnächst die in Aussicht gestellte Fleischverbilligung eintreten würde. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Preise für Fleisch in Hamburg erheblich geringer seien. Eine Hauptursache für die teuren Fleischpreise wurde darin gesucht, daß trotz des gesunkenen Fleischkonsums die Zahl der Fleischergeschäfte sich gegenüber der Vorkriegszeit keineswegs verringert habe. Es müßten also bei geringerem Verkauf etwa dieselben Einnahmen erzielt werden wie früher, und dies sei nur möglich durch eine erhebliche Verteuerung. Der Magistrat stellte in Aussicht, daß in den nächsten Tagen eine Aenderung eintreten könnte. Es sei eine erhebliche Kreditbewilligung an die Fleischerinnung erfolgt. Der Betrag von 20 000 Goldmark sei teilweise in Rentenmark angewiesen. Das dafür aufgekaufte Vieh müsse in Kürze in Halle eintreffen. Sollte dann eine Verbilligung nicht eintreten, würde sich die Wucherstelle mit der Sache zu beschäftigen haben.

Die Dezembermiete.

Für Dezember 1923 auf 100 Mark Friedensmiete 490 Milliarden Mark feste Mietzuschläge für Wohnräume.

Wie aus der Bekanntmachung des Magistrats in vorliegender Nummer ersichtlich, sind die Zuschläge für Verwaltungskosten und laufende Instandsetzungskosten für den Monat Dezember anderweit festgesetzt worden. Sie betragen, auf 100 Mark Friedensmiete umgerechnet, einschließlich des Zinsenzuschlages 490 Milliarden Mark. Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken hergestellt sind oder mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsamt) für gewerbliche Zwecke verwendet werden, treten dazu weitere Zuschläge von 25 Prozent zu den Verwaltungskosten und 50 Prozent zu den laufenden Instandsetzungskosten, so daß sich, auf 100 Mark Friedensmiete umgerechnet, ein Betrag von 706 Milliarden Mark (aufgerundet) ergibt. Zu den festen Zuschlägen treten die Umlagen gemäß Magistratsbekanntmachung vom 28. September 1923. — Die Zuschläge sind diesmal, worauf besonders hingewiesen sei, gleitend gestaltet worden, d. h. obige Sätze gelten nur bei fristgerechter Mietzahlung. Im Verzugsfalle erhöhen oder ermäßigen sich die Zuschläge in dem gleichen Maße, in dem der Maurerstundenlohn sich bis zum Zahlungstage gegen den Grundbetrag von 700 Milliarden Mark erhöht oder ermäßigt. Erfolgt also beispielsweise die Zahlung verspätet zu einem Zeitpunkt, an dem der Maurerstundenlohn auf 1050 Milliarden Mark gestiegen ist, so ist der Hauseigentümer berechtigt, einen 50prozentigen Zuschlag zu fordern. — Von interessierter Seite war angeregt worden, die Zuschläge zunächst nur auf einen Zeitraum von 14 Tagen festzusetzen. Hierfür bietet der § 11 des Reichsmietengesetzes keinen Raum, jedoch ist durch die gleitende Gestaltung der Zuschläge die Möglichkeit eröffnet, daß sich die Parteien leicht über eine Ratenzahlung verständigen können. — Die Höhe des Maurerstundenlohnes werden wir vorläufig für den Monat Dezember in unserer Zeitung unter den Schlüsselzahlen veröffentlichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231130022/fragment/page=0001

Die Heraufsetzung der Grundpreise.

Ein Kommentar zu dem Artikel „Ein Hoffnungsstrahl".

Zu dem Artikel „Ein Hoffnungsstrahl" in Nr. 275 dieser Zeitung geht uns noch folgender Artikel von Dr. Willkofer, Syndikus des Verbandes des Einzelhandels Halle a. d. S., zu. Die Schwierigkeiten des Einzelhandels in dieser Zeit des Währungswirrwarrs sind nicht zu verkennen. Wir bitten aber dringend, bei öffentlicher Erörterung dieser die Existenzfrage der Verbraucher wie Verkäufer berührenden Angelegenheit die gebotene gerechte Sachlichkeit nach wie vor walten zu lassen.

Die Schriftleitung

Wer als harmloser Verbraucher durch die Straßen der Stadt schlendert und die in den Schaufenstern prangenden Goldmarkpreise mit den Friedenspreisen der guten alten Zeit vergleicht und dann sein eigenes geschmälertes Einkommen danebenhält, wird leicht versucht sein, nach der schützenden Hand der Regierung zu rufen und von ihr zu fordern, daß sie diese „unerhörten" Preise mit seinem mageren Einkommen in Einklang bringt. Und doch scheint dieser Ahnungslose im Augenblick ganz vergessen zu haben, was sich inzwischen in seinem Vaterlande abgespielt hat. Wir haben doch schließlich einen verlorenen Krieg hinter uns und müssen die Folgen auf uns nehmen. Weite Wirtschaftsgebiete, die früher uns gehörten, sind abgetrennt worden und wir müssen heute deren unentbehrliche Produkte für koloßbare Devisen erstehen. Außerdem hat die Revolution dem „neuen Deutschland" den herrlichen Achtstundentag als Dauergeschenk in die Wiege gelegt. Das Wichtigste wird aber leichtens vergessen, nämlich, daß die Inflation die Wirtschaft mißhandelt und somit die Produktionsgrundlagen vollkommen verschoben hat. Hinzu kommt das Heer der unproduktiven Angestellten, die heute jeder Betrieb benötigt. Ich erinnere nur an die Lohn- und Steuerbuchhalter, die restlos damit beschäftigt sind, den Steuerwirrwarr zu bewältigen. Daß die Preise auf dem Weltmarkt sich durchschnittlich um 100 Prozent erhöht haben, dürfte ebenfalls kein Geheimnis sein.

Warum sind dann aber gerade in den letzten Wochen im Einzelhandel die Grundpreise so sehr heraufgesetzt worden? Der Ahnungslose sagt, weil der Dollar stabil bleibt, haben die Kaufleute aus lauter Beharrungsvermögen die Aufwärtsbewegung der Preise beibehalten. Auf den Gedanken, daß etwa die vielgepriesene Zwangskurspolitik daran schuld sein könnte, kommt er nicht. Zunächst muß aber bezweifelt werden, daß der feine Geschmack der Oeffentlichkeit übermittelt, die Grundpreise richtig angeben. So stimmt z. B. nicht, daß wollene Damenstrümpfe den Preis von 8 Mark haben, sie kosten in der Tat nur 3.50 Mark. Kleiderstoffe, die im Frieden 2.50 bis 3.75 Mark kosteten, kosten jetzt 6 Mark, was man heute mit 8 Mark bezahlt, konnte man im Frieden auch nur für 4.75 bis 5 Mark kaufen. Rohweizel kostete im Frieden 0.35 bis 0.40 Mark, heute 0.70 bis 0.90 Mark. Diese Zahlen stehen einwandfrei fest und halten jeder Nachprüfung stand.

Bekanntlich kommt aber der Zwangskurs dadurch zustande, daß die Reichsbank die Aufträge in wertbeständigen Zahlungsmitteln mitunter auf 2 Prozent zusammentreibt. Da nun aber Devisen zum größten Teil aus dem Ausland stammen, weil in Deutschland vorläufig noch keine Baumwolle wächst, so muß der Importeur die Devisen dort kaufen, wo er sie reichlicher findet. Es dürfte daher nicht ganz unbekannt sein, daß in Köln und Frankfurt ein Kurs notiert wird, der mit dem Produkt weiser Beschränktheit aus Berlin nicht ganz harmoniert, der richtigen Bewertung der Mark aber wie sie die Meistbietenden uns bieten, bedeutend näher kommt. Die Wirtschaft läßt sich nun einmal nicht knebeln, und wer wirtschaftliche Uebelstände beseitigen will, darf nicht Gewalt anwenden, sondern muß mit wirtschaftlichen Mitteln zu Felde ziehen.

Aber warum ist denn das Mehl so teuer? Hier liegt doch ein reiner Inlandsartikel vor. Allerdings, aber hier hat die Reichsgetreidestelle, die unter behördlichem Einfluß steht, es verstanden, unsere Landwirte mit Dollarschiebungswissenschaften so sehr zu vermöhnen, daß sie jetzt auch von Großhändlern wertbeständige Zahlungen fordern, und so muß sich der Lebensmittelhändler ebenso eindecken wie die Importeure. Dank des Zwangskurses ist aber nun der Lieferant genötigt, diesen Kurs bei Inlandsgeschäften einzuhalten. Da er aber so wenig wie jeder andere etwas verschenken kann, so wirft sich das, was er beim Erwerb von wertbeständigen Zahlungsmitteln zusetzen muß, in der Gesamtheit heraus.

Wie kommt es aber nun, daß im Einzelhandel die Grundpreise noch höher sind? Vielleicht liegt hier eine unberechtigte Erhöhung der Grundpreise vor! Es dürfte allerdings den meisten Kritikern unbekannt sein, daß zahlreiche Industrien und der größte Teil des Großhandels die Annahme von Papiermark ablehnte. Eine gesetzliche Handhabe, diese Kreise zu zwingen, gibt es nicht. Denn die Verordnung vom 28. Oktober, die einen allgemeinen Annahmezwang von Papiergeld vorsah, ist schleunigst wieder außer Kraft gesetzt worden. Wenn sich aber trotzdem noch jemand findet, der vom Einzelhandel Papiergeld entgegennimmt, so wird dem Einzelhändler, der am Vormittag seine Einkäufe beim Großisten macht, bedeutet, daß seine Zahlung nur acconto geht, während er dann am Nachmittag, wenn der neue Kurs feststeht, die Nachzahlung zu leisten hat, ein Verfahren, das der Einzelhandel mit seinen Kunden nicht durchführen kann. Mehrere Verluste dadurch entstehen, wenn der Kurs — wie es in letzter Zeit häufig geschehen ist —, um 50 Prozent oder 40 Prozent springt, wird wohl auch ein Laie ermessen können. Um sich vor solchen Verlusten zu schützen, muß der Einzelhändler notgedrungen nicht nur in seinem eigenen, sondern auch im Interesse der Materialerhaltung der Bevölkerung eine Risikoprämie einschließen, die wiederum in erhöhten Grundpreisen ihren Ausdruck findet. Es ist demnach kein Egoismus des Kaufmanns, sondern lediglich die trostlose Zerrüttung unserer Währung, die zu solchen Maßnahmen zwingt. Sinnlose Eingriffe des Staates können nur das Uebel vergrößern, weil man statt die Ursache des Uebels zu fassen, nur an Symptomen herumdoktert. Am übrigen ist aber die Wirtschaft ein viel zu fein konstruierter Mechanismus, als daß er auf die Dauer unberechtigte Auswüchse dulden würde, und man darf die Regulierung getrost der altbewährten Konkurrenz überlassen. Solange wertbeständige Zahlungsmittel gehamstert werden und auf den Einzelhandel das Papiergeld abgeschoben wird, ist die Risikoprämie durchaus berechtigt und wirtschaftlich zu rechtfertigen.

Für den Verband des Einzelhandels Halle.
Dr. Willkofer, Syndikus.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten. Montag, 3. Dez., nachmittag 4 Uhr: Oeffentliche Sitzung: 1/2. Wahlen: 3. Erhöhung der Grundsteuer: 4. Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühr: 5. Grunderwerbssteuerordnung: 6. Erhöhung der Stammeinlage für die Landesstandbriefanst: 7/9. Gesuche. Hierauf nichtöffentliche Sitzung. Der Stadtverordnetenvorsteher. Keil.

Keine „Kasernen" mehr — dafür: „Polizeiunterkunft." Nach einer Verfügung des Preuß. Min. d. Innern werden die Unterkünfte der Schutzpolizei in Zukunft nicht mehr als Kasernen, sondern als „Polizeiunterkunft" bezeichnet. Dementsprechend wird die Reitkaserne künftig „Polizeiunterkunft Nord", Artilleriekaserne künftig „Polizeiunterkunft Süd", Roßplatzkaserne künftig „Polizeiunterkunft Roßplatz" genannt.

Ausfall von Zügen. Vom 1. Dezember d. J. ab fallen folgende Personenzüge fort: 593 W Halle (ab 12.30) — Eisleben (an 1.40), 588 Halle (ab 11.25) — Nordhausen (an 2.43 nachts), 569 W Sangerhausen (ab 4.19) — Oberröblingen am See (an 5.30 nachts), 589 W Eisleben (ab 3.49) — Halle (an 4.58) und 583 Oberröblingen am See (ab 5.24) — Halle (an 6.11 nachts). Ferner fällt Sonn- und Festtags fort: 584 Halle (bisher ab 4.17) — Oberröblingen (bisher an 5.02). Dagegen wird Zug 568 Halle (bisher ab 9.00) — Sangerhausen (bisher an 11.46 nachts) künftig täglich gefahren.

Die Ausstellung der Quittungskarten für die Invaliden- und Angestelltenversicherung sowie der Umtausch dieser Karten findet vom 1. Dezember 1923 ab nicht mehr in der Reitkaserne, sondern in den zuständigen Polizeirevieren in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt.

Zahlung der Invaliden- und Unfallrenten bei der Post. Die Zahlung der Renten findet beim Postamt 1, Gr. Steinstr., wie folgt statt: am 1. Dezember für die Nr. 1 bis 3800, am 3. Dezember für die Nr. 3801 bis Schluß. Die Zahlung erfolgt bis einschl. 6. Dezember von 8 bis 2 Uhr, an den folgenden Tagen von 9 bis 12 Uhr vorm. und 3 bis 6 Uhr nachm. Invaliden-, Alters- und Krankenrentner erhalten 2 Billionen, Witwenrentner 1 Billion 200 Milliarden, Waisenrentner für jedes Kind 1 Billion. Die Höhe der Unfallrenten wird an den Schaltern bekanntgegeben.

Zahlung der Zusatzrente für das vierte November- und erste Dezember-Viertel. Die Zahlung der Zusatzrente (Teuerungszuschuß) für Kriegshinterbliebene für das vierte November- und erste Dezember-Viertel erfolgt als Barzahlung durch die Kriegshinterbliebenenfürsorge, Kl. Steinstr. 8 III, und zwar: Montag, den 3. Dez., vorm. von 9 bis 1 Uhr: Buchstaben A bis B. Dienstag, den 4. Dez., vorm. von 9 bis 1 Uhr: Buchstaben M bis Z. Als Ausweis haben die Empfangsberechtigten ihre, deren Bevollmächtigte die Ausweiskarte unbedingt mitzubringen.

Ausweisung. Die Ehrendentmünze des Westkrieges mit Kampfabzeichen wurde dem Arbeiter Kellerat, Halle a. d. S., Trotzkir. 22a, verliehen. Derselbe hatte mit eigener Lebensgefahr einem Verunglückten im Geschützfeuer das Leben gerettet.

„Improvisationen im Juni." Die Komödie von Max Mohr, die am Sonnabend im Stadttheater unter Leitung von Dr. Edgar Groß in Szene geht, spielt auf einem österreichischen Schloß das nach dem Tode des fürstlichen Besitzers in die Hände eines amerikanischen Millionärs übergeht. Um dessen pessimistischen Brüdern den Verzicht verleiden zu helfen, wird ein Schauspieler von Rang engagiert, der durch improvisierte Vorführungen den angeblichen Melancholiker heilen soll. Die Macht des Geldes und die Freiheit des Herzens stehen sich in dramatisch gespannter und interessanter Handlung gegenüber. Das Stück hat bei der Aufführung in Dresden und an anderen Bühnen starken Erfolg gehabt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Sofina Strohm-Nimbronn, die Herren: Durra, Heller, Förster, Hensel, Meise, Walter.

C. T., Gr. Ulrichstraße. Der Film „Mutter", der über eine Woche lang im C.-T. Riebeckplatz mit überaus großem Erfolg aufgeführt wurde, ist von der Direktion für eine weitere Woche erworben worden, um ihn auch dem Publikum in der Gr. Ulrichstraße zugänglich zu machen. Die Eigenart dieses großen amerikanischen Filmes hat ihm zu einem Ansturm ersten Ranges gemacht, und es gab tatsächlich viele Leute, die sich dieses Schauderwerk zweimal ansahen. Die Handlung ist derart packend, daß die Zuschauer ihm bis zum Schluß mit angespannter Aufmerksamkeit folgen. Wer den Film noch nicht gesehen hat, versäume die Gelegenheit zu diesem hohen Genuß nicht.

„Königin Luise" — Bund deutscher Frauen und Mädchen. Am 3. Dezember, 8½ Uhr abends, findet im „Nikolaus" eine Versammlung nur für Mitglieder statt. Erscheinen Pflicht. Am 19. Dezember Weihnachtsfeier ebenfalls im „Nikolaus".

Aus der Heimat

50 Jahre Evangelische Vereinigung.

Die Volkskirchliche Evangelische Vereinigung der Provinz Sachsen gedachte durch eine Vortragsveranstaltung am Mittwoch abend in der Universität ihres Jubeljahres. Prof. D. Dr. Loofs gab einen kirchengeschichtlichen Rückblick über die Entwicklung von 1817 an sowie über Wesen und Arbeit der Evang. Vereinigung in den 50 Jahren von 1873—1923 die zu den bewegtesten und bedeutendsten der Kirchengeschichte Preußens gehören. an ihrem Anfang die Kirchengemeinde und Synodalordnung, an ihrem Ende die Verfassungsgebende Kirchenversammlung, dazwischen die Tagungen der General- und Provinzialsynode, von denen Redner einzelne besonders kennzeichnete. Die Evang. Vereinigung ist durch Prof. D. Beyschlag-Halle aus dem Evang. Verein für kirchliche Zwecke ins Leben gerufen und hat, was Redner besonders betonte, von Anfang danach gestrebt, in gemeinsamer kirchlicher Arbeit aufbauend zu wirken. Prof. D. Eger entwickelte die Grundsätze der Evang. Vereinigung und hob hervor, daß sie den inneren und äußeren Aufbau der Kirche aus den Lebenskräften des Evangeliums erstrebe. Sie wollen alle die zusammenschließen, die im gemeinsamen Glauben an Jesus Christus innerlich verbunden, gewillt sind, in echt evangelischer Brüderlichkeit zusammen zu arbeiten. Sie wollen alles fördern und pflegen, was den Zusammenhang evangelischen Wesens mit dem Ganzen des Volkslebens erhalten, verstärken und vertiefen kann. In seinem Schlußwort forderte Geh. Justizrat D. Else, der Vorsitzende der Vereinigung, lebendige Christen, die bereit seien zur Einigkeit und zum Opferbringen für die evangelische Kirche.

Cöthen. (Schiebungen auf dem Schlachthofe.) Hier ist man ziemlich umfangreichen Schiebungen auf dem Schlachthofe auf die Spur gekommen, in die sowohl der Hallenmeister als auch der Direktor verwickelt sein sollen. Das Verfahren ist bereits eingeleitet.

Bad Berka. (Der geheimnisvolle Villenbesitzer.) Wie der hiesigen Kriminalpolizei aus Basel gemeldet wurde, ist der hier wohnende Villenbesitzer und Privatmann K. Brachmann bei einem Einbruchsdiebstahl in einem Juweliergeschäft in Basel angetroffen und auf der Flucht erschossen worden; einer mitbeteiligten Person gelang die Flucht. Durch weitere polizeiliche Nachforschungen konnte nunmehr festgestellt werden, daß der Mitbeteiligte der Landwirtssohn Fr. Hansmann aus Stotternheim ist. Durch sofortige Verständigung der Weimarer Kriminalpolizei war es möglich, Hausmann in der Wohnung seiner Braut in Weimar festzunehmen und auch eine große Menge Diebesgut, darunter 92 goldene Herren- und Damenringe, teilweise mit kostbaren Juwelen besetzt, sowie Broschen, Ketten und andere Schmucksachen zu beschlagnahmen. Ebenso wurde im Hause des Brachmann eine große Menge Brillantringe, Ketten, Uhren usw. beschlagnahmt. Man hat es zweifellos mit internationalen Einbrechern zu tun.

Leipzig. (Sechs Wochen Gefängnis wegen Preiswuchers.) Am 22. Januar hatte der Gutsbesitzer und Viehhändler Hugo Zimmermann in Lobelitz bei Delitzsch auf dem Leipziger Vieh- und Schlachthofe zwei Bullen zum Preise von 2 532 000 Mark durch den Kommissionär Hoppe verkaufen lassen und bei diesem Geschäfte, wie das Leipziger Wuchergericht berechnete, einen unrechtfertigten Uebergewinn von 541 640 Mark in die Tasche gesteckt. Unter Einziehung des entsprechend aufgewerteten Betrages dieses Uebergewinns erkannte das Gericht gegen den Angeklagten Zimmermann wegen Preiswuchers auf sechs Wochen Gefängnis und 50 Billionen Mark Geldstrafe; das Urteil ist auf seine Kosten zu veröffentlichen.

Coburg. (Ein falscher Prinz.) Festgenommen wurde eine Person, die sich Prinz von Flensburg-Braunfels nannte. Der angebliche Prinz war in voller Offiziersuniform im Auto von Berlin gekommen, um hier seine Betrügereien, wegen derer er schon von Berlin gesucht wird, bei den vaterländischen Verbänden fortzusetzen. Der Betrüger führte Papiere auf den Namen eines Oberleutnants a. D. Rogge mit. Er war nicht im Besitze größerer Geldbeträge, so daß der Chauffeur ohne Bezahlung nach Berlin zurückkehren mußte.

Erklärung.

In der „Allgemeinen Zeitung" vom 28. d. M. bringt der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei und in anderen Ausführungen die „Hallesche Zeitung" vom 30. November zu einer von mir als Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei an den bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann gerichteten Vertrauenskundgebung den Versuch einer sachlichen Kritik verbunden mit persönlichen Anariffen gegen mich. Ich werde mich trotzdem nicht verleiten lassen, unter Ausnutzung des mir zur Verfügung stehenden Materials auf zurückliegende Dinge einzugehen, da mir die Zeit zu ernst ist, um eine Politik der kleinlichen persönlichen Ränkereien zu treiben. Ich weiß mich eins mit der großen Mehrheit der Bevölkerung in der Auffassung, daß für die nach dem Sturz der bürgerlich-nationalen Kabinetts Stresemann eingetretenen Folgen die bürgerliche Partei verantwortlich zu machen ist, die in der Lage war, diesen Sturz zu verhindern.

Dr. Carlson,
1. Vorsitzender
des Landesverbandes Halle-Merseburg
der Deutschen Volkspartei

Turnen, Sport und Spiel

Saalegau — Ostthüringen.

In der Zwischenrunde um den V.-M.-B.-Pokal werden sich unter Leitung des bestens bekannten Schiedsrichters Chemnitz (Arminia, Leipzig) die Auswahlmannschaften vom Saalegau und Ostthüringen am kommenden Sonntag auf dem 98er Sportplatz an der Hutterstraße treffen. Die Ostthüringer schlugen in der Vorrunde den Saale-Elster-Gau mit 5:3, der Saalegau in Bitterfeld den Muldegau mit 3:0. Um gut gerüstet zu sein, haben die Ostthüringer am vergangenen Sonntag in Weimar noch ein Uebungsspiel ausgetragen und die Elf nach diesem Spiele wie folgt aufgestellt: Eichelberger (Spielvereinigung Zeng); Bartel (Vimaria, Weimar) Schröter (1. F. V. Jena); Klemm, Knoblauch (beide VfB. Apolda) Weickert (FC. Weimar); Braunaart (1. F. V. Jena), Hartig (Vimaria Weimar), Paulmann (F. C. Weimar) Kratsch (VfB. Apolda), Arel (F. C. Weimar). Die Mannschaft setzt sich aus älteren erfahrenen Spielern (Schröter, Braunaart und Paulmann) und jüngeren talentierten Kräften zusammen und dürfte daher einen ernsten Gegner abgeben. Im Sturm wird Paulmann, welcher noch vor gar kurzer Zeit beim 1. F. C. Nürnberg an Stelle von Träg als Halbstürmer mitwirkte, unserer Hintermannschaft schwer zu schaffen machen. Aber auch die übrigen Spieler werden sich wacker zu schlagen wissen. Die Saalegau-Mannschaft ist diesmal besonders glücklich zusammengestellt und dürfte wohl in der Lage sein, siegreich zu bleiben in einem Kampfe, der der Mannschaft Gelegenheit geben sollte, auch die technischen Fähigkeiten voll auswirken zu lassen. — Vor dem Spiel werden die Knaben vom Sportverein 98 und Sportfreunde ihre Kräfte messen.

Die Wetterlage im Harz.

Eigenbericht des Schiklubs Halle.

Nach den neuesten Meldungen aus dem Harz sind überall in den vergangenen Tagen große Schneemengen niedergegangen. Wenn sich auch die Temperatur vorübergehend den Wärmegraden genähert hatte, so ist nach Umschlagen des Windes neuer Frost eingetreten und damit eine Voraussetzungen für jeden Wintersport geschaffen.

Schierke: Neuschnee, Schneelage 25 Zentimeter, 2 Grad bei Ostwind. Ski- und Rodelbahn sehr gut. Die Bobbahn kann demnächst in Benutzung genommen werden.

Braunlage: Neuschnee weiterliegende Schneedecke, Temperatur unter Null.

Altenau: Neuschnee, Temperatur unter Null. Am Sonntag Abfahren der Rennstrecken für die Verbandsläufe.

Brocken, Bruchberg: Der Brocken meldete Annäherung an wärmere Temperaturen, doch ist die Quecksilbersäule wieder auf 4 Grad unter Null gefallen. Schneelage im gesamten Brockengebiet ausgezeichnet und beste Schiparti gewährleistend.

Forsthaus Oderbrück: Neuschnee, beste Schiföhre.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Schneelage im gesamten Brocken-Wurmberg-, Bruchberggebiet ausgezeichnet ist und daß eine Fahrt nach dem Harz durchaus lohnend ist. Der Schiklub Halle E. V. veranstaltet morgen darum auch seine erste Schifahrt. Ein Teil der Mitglieder fährt über Nordhausen, während die übrigen Teilnehmer nachm. ab Halle 3.38 den Zug benutzen. Da die Harzzuverbahn ihren Betrieb fast ganz eingestellt hat, wird von Wernigerode der Marsch nach der Hütte angetreten. Ausschließ auf Unterkommen haben nur diejenigen, die sich gestern bei der Versammlung zur Mitfahrt gemeldet haben. — Anmeldung zur Benutzung der Hütte soweit bei den 1. Laufwart, Herrn Oberrealschullehrer Brömme (Geiststraße 25, Fernruf 5750.

Einführungsvortrag für Schneeschuhläufer.

In der außerordentlich stark besuchten Versammlung des Schiklubs Halle E. V. die am Donnerstag im „Stadtschützenhaus" abgehalten wurde, hielt der erste Laufwart des Schiklubs, Herr Oberrealschullehrer Brömme, einen sehr eingehenden Vortrag über den Schi, seine Behandlung, die Kleidung des Schiläufers und seine Ausrüstung. Dieser Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, leitet über zu den Trockenkursen (Anmeldung bei Herrn Brömme) die in der nächsten Woche beginnen sollen.

Ueber den heimischen Schisport sprach umfallend ein anderer Herr des Vereins. Er erläuterte das Winterprogramm, über dessen Einzelheiten ein anderes Mal mehr gesagt werden soll. Die Fahrtenmöglichkeiten von der Schihütte des Schiklubs Halle E. V. setzte Herr Baraassessor Klein, der 1. Vorsitzende, auseinander. Es meldeten sich eine Anzahl Mitglieder zu der ersten Fahrt am Sonntag, bei der alle die Hütte offiziell in Benutzung genommen wird. Erfreulicherweise wächst der Schiklub beständig. Es konnten gestern 70 neue Mitglieder vom Vorstand aufgenommen werden.

Hallesche Turnerschaft. Die erste Uebungsstunde der neugegründeten Schwimmabteilung ist am Donnerstag dem 6. Dez. Alle Schwimmer versammeln sich pünktlich 7½ Uhr vor der Schwimmhalle des Stadtbades. Vereinsmitgliedskarte ist als Ausweis mitzubringen.

Rauchverbot! Aus der Erkenntnis heraus, daß das Rauchen dem jugendlichen Körper erheblichen Schaden zufügt, wie auch aus Gründen der schweren wirtschaftlichen Not der gegenwärtigen Zeiten, faßte der Gauvorstand der Turngemeinde Darmstadt 1846 den nachstehenden Beschluß: „Den Jugendlichen unter 18 Jahren aller Abteilungen der Turngemeinde Darmstadt 1846 wird das Rauchen im Vereinsbaus verboten, und zwar bei Versammlungen, Zusammenkünften, Festlichkeiten, weiterhin auf dem Marsche oder der Fahrt von und zu Wettspielen. Wettkämpfen und Wanderungen. Alle Abteilungsleiter und Vorstandsmitglieder sind angewiesen darauf zu achten, daß diese Bestimmungen durchgeführt wird. Zuwiderhandlungen ziehen den Ausschluß aus der Turngemeinde nach sich." Ein solcher Beschluß sollte auch von allen hiesigen Vereinen, die Jugendliche in ihren Reihen haben, gefaßt werden.

Wer versäumt hat

unsere Zeitung für den Monat Dezember zu bestellen, kann sich auch heute noch an sein Postamt oder den Briefträger wenden und die Bestellung „mit Nachlieferung" ab 1. Dezember bewirken. Oder er muß den Betrag von 4 Goldmark zum Kurse des Abgangstages direkt an uns einsenden und genau angeben, wohin die Zeitung geliefert werden soll.

Die Bezugs- und Vertriebsabteilung
Postscheckkonto Leipzig 4609.

Eigentum, Verlag u. Druck: Otto Hendel-Gesellschaft m. b. H., Halle a. d. S. Verantwortliche Schriftleiter: Für den politischen Teil: Dr. Erich Krüger, für den volkswirtschaftlichen Teil: Dr. Walther Werner, für den Börsenteil: August Kindky, für den örtlichen Teil, Provinz, Kunst und Wissenschaft: Fritz Roßberg, für den Sport: Heinrich Miesckner. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Curt Gebhardt, sämtlich in Halle. Sprechstunde der Schriftleitung: Wochentäglich nur von 10 bis 11 Uhr. Für Aufbewahrung unverlangter Manuskripte wird keinerlei Gewähr übernommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231130022/fragment/page=0002